

Amtsblatt für die Region Hannover

H 20151

JAHRGANG 2002

HANNOVER, DEN 12. SEPTEMBER 2002

NR. 37

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Gemeinde BURGWEDEL

Innenbereichssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile in der Ortschaft Thönse der Gemeinde Burgwedel 324

2. Stadt HEMMINGEN

Bekanntgabe des Beschlusses über die Jahresrechnung der Stadt Hemmingen für das Haushaltsjahr 2000 324

Bekanntmachung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB), Bebauungsplan Hiddestorf Nr. 18 „Südlich Wiesenweg - Teil A“ der Stadt Hemmingen 324

2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Hemmingen 325

7. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Hemmingen 325

3. Gemeinde ISERNHAGEN

2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Isernhagen, Ortschaft Isernhagen H.B. 326

Bebauungsplan Nr. 6/171 „Golfpark Hainhaus - Erweiterung“ mit Örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung (ÖBV), Ortschaft Isernhagen H.B. 326

4. Stadt LEHRTE

Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Lehrte 327

3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lehrte über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) 332

Bebauungsplan Nr. 00/90 „Nahversorgungszentrum nördliche Kernstadt“ in Lehrte 332

5. Stadt PATTENSEN

Bebauungsplan Nr. 156 „Hornfeld“ und Bebauungsplan Nr. 156a „Kreisverkehr K 226/Hornfeld“; alte Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 154 „Nordrand Pattensen-Mitte“ 1. Änderung (Teiländerung mit Erweiterung), Beschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) 332

6. Stadt SEELZE

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kosten-erstattungen für die zentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Seelze - Entwässerungsabgabensatzung - 333

7. Stadt WUNSTORF

Bebauungsplan Nr. 1-34 „Auf dem Mühlenberge I“, 4. vereinfachte Änderung, OS Wunstorf 334

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN

Neue Email Adresse
auf der Rückseite

- (3) Durch Zahlung des Ablösungsbetrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Erschließungsbeitragsatzung vom 17.11.1999 außer Kraft.

Lehrte, den 28.8.2002

STADT LEHRTE
VoB
Bürgermeisterin

3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lehrte über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in den jeweils gültigen Fassungen hat der Rat in seiner Sitzung am 28.8.2002 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

In § 4 Abs. 1 wird der folgende Satz 3 eingefügt:

Daneben ist der Verwaltungsaufwand gem. den aktuellen Stundensätzen der unterschiedlichen Laufbahngruppen anzusetzen.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

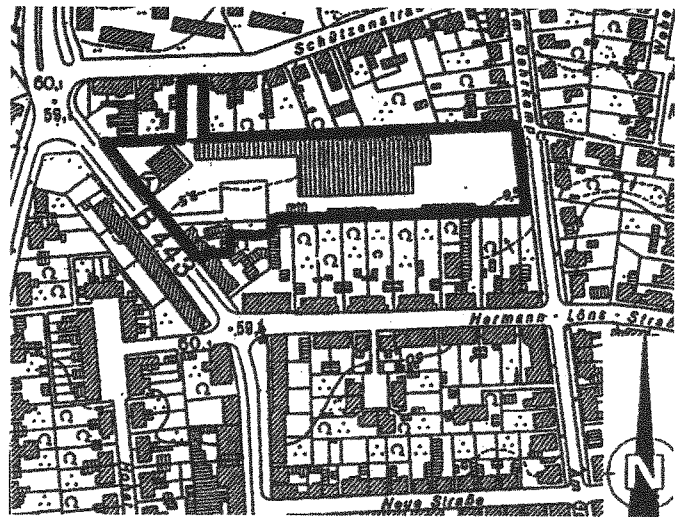
Lehrte, den 28.8.2002

STADT LEHRTE
Die Bürgermeisterin
VoB
L.S.

Bebauungsplan Nr. 00/90 „Nahversorgungszentrum nördliche Kernstadt“ in Lehrte Beschluss über den Bebauungsplan gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3 und 10 BauGB der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Lehrte in seiner Sitzung am 22. 5. 2002 den Bebauungsplan Nr. 00/90 „Nahversorgungszentrum nördliche Kernstadt“ mit örtlicher Bauvorschrift als Satzung und die Begründung beschlossen.

Die Begrenzung des Bebauungsplangebietes einschl. seine Lage im Stadtgebiet Lehrte ergibt sich aus dem dargestellten Übersichtsplan.



Grundlage: Deutsche Grundkarte 1:5000

Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das Katasteramt Hannover

AZ.: A11038/96 vom 19. 11. 1996

Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB tritt der Bebauungsplan Nr. 00/90 in Lehrte mit örtlicher Bauvorschrift mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 00/90 mit örtlicher Bauvorschrift einschl. der dazugehörigen Begründung wird im Planungsamt der Stadt Lehrte, Rathausplatz 1, 31275 Lehrte zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschrift wird auf Verlangen während der Sprechzeiten der Verwaltung Auskunft gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs.1 Nr.1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Lehrte geltend gemacht worden ist.

Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Stadt Lehrte geltend gemacht worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Lehrte, den 6. 8. 2002

STADT LEHRTE
Die Bürgermeisterin
VoB

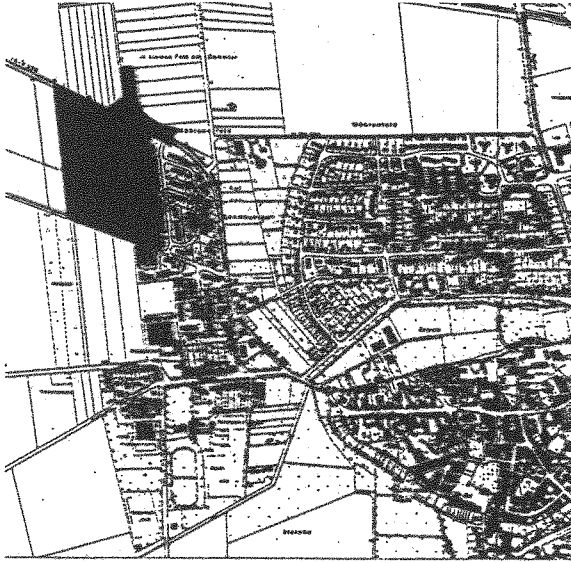
5. Stadt PATTENSEN

Bebauungsplan Nr. 156 „Hornfeld“ und Bebauungsplan Nr. 156a „Kreisverkehr K 226/Hornfeld“; alte Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 154 „Nordrand Pattensen-Mitte“ 1. Änderung (Teilländerung mit Erweiterung), Beschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 21.3.2002 den Bebauungsplan Nr. 156 „Hornfeld“ und

Bebauungsplan Nr. 156a „Kreisverkehr K 226/Hornfeld“-alte Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 154 „Nordrand Pattensen-Mitte“ 1. Änderung (Telländerung mit Erweiterung) mit örtlicher Bauvorschrift und mit Begründung als Satzung gemäß § 10 i.V.m. den §§ 6, 7 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) beschlossen.

Die Grenzen der Bebauungspläne sind im folgenden Kartenausschnitt mit einem fetten Vollstrich gekennzeichnet.



Mit dieser Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB werden die Bebauungspläne Nr. 156 „Hornfeld“ und Nr. 156a „Kreisverkehr K 226/Hornfeld“; alte Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 154 „Nordrand Pattensen-Mitte“ 1. Änderung (Teiländerung mit Erweiterung) als Satzung rechtsverbindlich.

Die vorgenannten Bebauungspläne einschließlich Begründungen können bei der Stadt Pattensen im Fachbereich 4, Technische Dienste, Sachgebiet Verwaltung, Planung, Umwelt, Dienstgebäude Marlenstr. 2, Zimmer 206, während der Sprechzeiten montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr und donnerstags von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr, von jedermann eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt der Bebauungspläne Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214, Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung im Amtsblatt gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Ablehnung begründen sollen, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 1.8.2002

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

6. Stadt SEELZE

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kosten-erstattungen für die zentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Seelze - Entwässerungsabgabensatzung -

Aufgrund der §§ 6 und 83 der niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), der §§ 5, 6 und 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) und des § 8 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (Nds. AGAbwAG) hat der Rat der Stadt Seelze in seiner Sitzung am 22.8.2002 folgende 4. Satzungsänderung beschlossen:

Artikel I Satzungsänderung

19 Abs. 3 enthält folgende Fassung:

(3) § 6 gilt entsprechend.

Erhalten mehrere Grundstücke einen gemeinsamen Grundstücksanschluss, so ist für Teile des Grundstücksanschlusses, die ausschließlich einem der beteiligten Grundstücke dienen, allein die Eigentümerin oder der Eigentümer bzw. die Erbbauberechtigte oder der Erbbauberechtigte des betreffenden Grundstücks erstattungspflichtig. Soweit der Grundstücksanschluss mehreren Grundstücken gemeinsam dient, sind die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten der beteiligten Grundstücke zu dem Anteil erstattungspflichtig, der dem Verhältnis der Fläche des betreffenden Grundstücks zur Gesamtfläche der beteiligten Grundstücke entspricht.

Werden Grundstücke nach Entstehen der sachlichen aber vor Entstehen der persönlichen Kostenerstattungspflicht geteilt, sind die Eigentümer oder Erbbauberechtigten der neu entstandenen Grundstücke zu dem Anteil der für einen gemeinsamen Grundstücksanschluss entstandenen Kosten erstattungspflichtig, der dem Verhältnis der abgeteilten Fläche des betreffenden Grundstücks zur Gesamtfläche aller an den gemeinsamen Grundstücksanschluss angeschlossenen oder anschließbaren Grundstücke entspricht.

§ 19 Abs. 4 wird neu angefügt:

(4) §§ 9 und 10 gelten entsprechend.

Artikel II Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Seelze, den 23.8.2002

Niebuhr
Bürgermeister

STADT SEELZE
L.S.

Scholz
Stadtdirektor